Die Ausbeutung der Bevölkerung durch die Staatsgeschäfte in der deutschen Sowjetzone

Autor(en): **Planke, Raymond de**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **50 (1958)**

Heft 2

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-353829

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

schreiben.» 1954 wurde in Rußland öffentlich festgestellt, daß das Spitalbauprogramm der Hüttenbetriebe zu 6 Prozent, das der dem Ministerium für nicht eisenhaltige Metalle unterstehenden Betriebe nur zu 3 Prozent erfüllt wurde. Ein Leningrader Arbeiter wagte 1951, sich öffentlich darüber zu beschweren, daß die Werkstatt, in der er arbeiten muß, ohne Ventilation ist, obwohl der Betrieb sich schon in drei Kollektivverträgen zu ihrem Einbau verpflichtet hatte. Eine Kompressorenfabrik im Ural hatte sich verpflichtet, im Laufe des Jahres 1955 auf einem Areal von 850 m² Werkswohnungen zu bauen. Nachdem der Bau fertig war, hat ihn das zuständige Ministerium einem anderen Betrieb zugeteilt; nachher hat dieses Ministerium zynischerweise zugegeben, daß das von allem Anfang an geplant war. Das alles zeigt nur, wie wenig Bedeutung hochtönende Versprechungen dort haben, wo es keine Freiheit gibt, mit gesetzlichen Mitteln auf ihre Einhaltung zu dringen. Aber auch wenn sie eingehalten würden, wäre das nichts als Paternalismus, und Barton hat recht, wenn er feststellt, daß hier zum erstenmal der Paternalismus zum beherrschenden Prinzip der ganzen Sozialpolitik gemacht wurde.

Was hat sich diesbezüglich seit der Erschütterung des Parteitages von 1956 geändert, der Stalin entthronte? Der Verfasser geht auch dem sehr genau nach. In der Sowjetunion selbst ist es nicht viel; noch immer «erweitert der Kollektivvertrag die Pflichten des Arbeiters, statt sie zu begrenzen und die des Arbeitgebers zu vermehren». Einigermaßen besser stehen die Dinge jetzt in Polen (die Entwicklung bis Februar 1957 ist berücksichtigt). Vielleicht am wertvollsten an Bartons Buch ist die wörtliche Wiedergabe des 1954 gültigen Kollektivvertrages des Moskauer Stalinwerks sowie der entsprechenden Verträge von 1955 für das (inzwischen umbenannte) Moskauer Kaganowitsch-Werk und die Leningrader Mikojan-Zuckerwarenfabrik; letztere hat die Delegation der französischen Sozialisten aus Rußland mitgebracht. Von Jahr zu Jahr hat sich fast nichts geändert.

Eine deutsche Ausgabe von Bartons wohldokumentierter Arbeit wäre sehr am Platze. *J. W. Brügel*, London

Die Ausbeutung der Bevölkerung durch die Staatsgeschäfte in der deutschen Sowjetzone

Seit dem Feudalismus hat es nie eine so scharfe Klassentrennung zwischen der kleinen Schicht der Bevorzugten und der großen Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung gegeben wie unter der kommunistischen Ordnung. Die östlichen Machthaber versuchen zwar unentwegt, diese Tatsache durch ihre Propagandathesen ins Gegenteil umzukehren, indem sie vor allem auf den «sozialen Charakter» des Arbeiter- und Bauernstaates hinweisen und die Sorge um den Menschen, die Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen

als wichtigsten Grundsatz ihrer Politik herausstellen. Die täglichen Nachrichten aus den Ländern des Ostblocks, in denen die Jünger Moskaus auf den Spitzen der Bajonette mit ständigem Terror ihre Macht ausüben, lassen jedoch den «sozialen» Charakter dieses Systems deutlich erkennen.

Eine der wichtigsten Institutionen zur Ausbeutung der unterdrückten Bevölkerung in den Volksdemokratien und in Ostdeutschland sind die Staatsläden – HO-Geschäfte –, deren Einnahmen den Hauptteil der Finanzmittel dieser Länder stellen. In der deutschen Sowjetzone ist die Bevölkerung, da die auf Lebensmittelkarten ausgegebenen Hauptnahrungsmittel (wie Butter, Fleisch, Zucker u. a.) nicht ausreichen, auf zusätzliche Einkäufe in den HO angewiesen. Hier kostet ein halbes Pfund Butter 4,60 bis 5,– Ostmark, 1 Liter freie Milch 1,20 Mark, ein Ei 50 bis 70 Pfennig. Diese Preise liegen 200 bis 300 Prozent über denen, die für auf Lebensmittelkarten abgegebene Nahrungsmittel verlangt werden. Die Bevölkerung ist jedoch gezwungen, durch die ungenügende Zuteilung, die zudem nur bei den Hauptnahrungsmitteln auf Karten erfolgt, die HO-Geschäfte in Anspruch zu nehmen, um nicht zu hungern. Der Staat schöpft bei diesen Wucherpreisen Riesengewinne ab, zumal die Preise für Haushaltswaren, Kleidung usw. im gleichen Verhältnis liegen, mit dem Unterschied, daß dafür nur der «freie Markt» offensteht, da das Kartensystem dafür nicht mehr besteht. Um die Ausbeutung der breiten Massen besonders deutlich zu machen, ist von Interesse, sich einmal die HO-Einkaufs- und -Verkaufspreise etwas näher zu betrachten. Die genannten Preise haben Gültigkeit für ein Leipziger HO-Kaufhaus und stehen auf dem Stand vom 1. Mai 1957. Die Preise in den anderen Staatsläden der Zone sind gleich oder schwanken um geringe Prozentsätze, so daß folgende Zahlen Allgemeingültigkeit haben.

Herrenschuhe werden vom genannten Kaufhaus in der Preislage zwischen 4,50 bis 8,50 Ostmark eingekauft. Die Verkaufspreise dafür betragen 80,— bis 100,— Ostmark. Damenschuhe (Boxcalf) kosten im Einkauf 6,— bis 9,— Ostmark, sie werden zwischen 75,— und 120,— Ostmark verkauft. Bei Kinderschuhen stellt sich der Einkaufspreis auf 3,50 bis 5,— DM, die Verkaufspreise auf 20,— bis 28,— DM, Herrenanzüge werden im Durchschnitt zwischen 45,— bis 68,—DM eingekauft, die Bevölkerung hat dafür 280,— bis 320,—DM zu erlegen. Damenunterwäsche gibt dem Staat Gelegenheit zu noch größeren Gewinnen; eine Perlongarnitur wird für 15,— Ostmark geliefert, zu 95,— Mark verkauft. Ein Perlonnachthemd kostet 18,— Mark im Einkauf, 120,— DM im Verkauf. Perlonstrümpfe werden vom HO zu 2,50 DM erworben, mit 18,— DM verkauft. Hier handelt es sich um Strümpfe mit Naht, nahtlose Strümpfe wurden eine Zeitlang verkauft – das Paar 35,— bis 45,— Ostmark –, da diese jedoch innerhalb weniger Tage in ihre Bestandteile zerfielen, wurde die Produktion wieder eingestellt. Einige weitere Zahlen sollen das

Bild der staatlichen Ausbeutung abrunden. Ein Taschenschirm kostet im Einkauf 6,— Mark, er wird mit 59,— Mark verkauft. Radios der Marken Erfurt, Staßfurt, Undine, Paganini u. a., die im Verkauf rund 600,— DM kosten, werden an die HO-Geschäfte für 115,— bis 125,— DM geliefert. Ein Tonbandgerät, das für 1500,— DM verkauft wird, wird von der HO mit 280,— DM erworben. Kinderwagen kosten in besserer Ausführung 250,— DM, Einkauf 45,— bis 65,— DM, Fahrräder 200,— bis 350,— DM, Einkauf 36,— bis 65,— DM. Die beiden Standardwagen der Volkseigenen Autoindustrie werden: Wartburg mit 21 500 DM, der F 9 mit 17 000 DM verkauft. Die Einkaufspreise liegen bei 4600 DM und 3400 DM.

Es handelt sich hierbei fast restlos um Waren, die aus den VEB (Volkseigene Betriebe) stammen. Die Preise werden diesen Betrieben vorgeschrieben; da ein großer Teil mit Defizit arbeitet, wird die Mißwirtschaft gleichfalls von der Bevölkerungsmasse getragen. Daß es auch andersherum geht – aber wieder auf Kosten der Bevölkerung – zeigt das Beispiel eines kleinen, noch unabhängigen Tuchfabrikanten an der polnischen Grenze. Da die Qualität der Ostzonenstoffe außerordentlich schlecht ist, die staatlichen Stellen kein Interesse an interessanten und modernen Dessins aufbringen, bot der Fabrikant dem staatlichen Handelskontor einen erstklassigen Kammgarnstoff mit modernen Dessins an, der in der Herstellung 13,— DM pro Meter kostete. Die Muster wurden zunächst von den Bürokraten als zu «modern» abgelehnt, später aber größere Bestellungen aufgegeben. Der Meter wurde für 18,— DM abgenommen. Durch eine Indiskretion wurde bekannt, daß dieser Stoff nicht etwa für die einheimische Bevölkerung gedacht war, sondern nach der UdSSR exportiert wird – die 3,— DM pro Meter zahlt.

Bei der Herausstellung dieser Zahlen muß beachtet werden, daß die Löhne in Ostdeutschland im Vergleich etwa zu denen in Westdeutschland niedriger liegen, wobei hier eine Ostmark einer Westmark gleichgestellt ist, ohne die Kursrelation 4:1 in Betracht zu ziehen. So verdient etwa das Verkaufspersonal in dem genannten HO-Kaufhaus in der Lebensmittelabteilung (brutto) 220,— DM, in der Textilabteilung 250,— DM. Die erste Verkaufskraft kommt auf einen Spitzenlohn von 280,— DM. In der Industrie werden höhere Löhne bezahlt, sind allerdings von der Erfüllung der Normen abhängig, die noch immer außerordentlich hoch sind und die Arbeiter – abgesehen vom Materialmangel – zwingen, oberflächlich zu arbeiten, um die Norm zu erreichen, das heißt den Lohn zu halten.

Die Propagandathesen vom sozialen Charakter, hier der Ulbricht-Diktatur, der Sorge um den Menschen und die Verbesserung der Lebensverhältnisse der werktätigen Bevölkerung entpuppen sich einmal mehr als das, was sie in Wirklichkeit sind: Lügen, hinter deren Fassade sich blutige Ausbeutung und Terror verbergen.

Raymond de Planke